

## CH\_VB 20012228 vom 13. März 1984

Bundesverwaltung, 1984-03-13, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_\\_td\\_class\\_\\_metadataCell\\_\\_20012228\\_\\_td\\_](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20012228__td_)

FR: CH\_VB 20012228 du 13 mars 1984

IT: CH\_VB 20012228 del 13 marzo 1984

### Erwägungen

#### E. 13

mars 1984 Sie sehen aus dem jährlichen Bericht im übrigen auch (über die Verwendung des Alkoholzehntels), dass dieser Alkohol- zehntel in einzelnen Kantonen - natürlich bei weitem nicht in allen - nicht ganz über alle Zweifel erhaben ist. Man hat auch einfach «Zwecke erfunden», damit man vom Bund Geld erhalten und verwenden konnte. Es gibt also einzelne Gebiete - kleinere allerdings -, die nicht so ganz in den Rahmen der Zweckbindung passen. Da geht es zum Beispiel um die Finanzierung von Kinderhorten und Ähnlichem. Unter dem Titel Alkoholbekämpfung kann man wohl nicht alles subsumieren. Aber es waren einfach Gelder, die den Kantonen zur Verfügung standen, wofür sie nicht spezielle Budgetposten brauchten und die sie dann so unter der Hand verwendeten. Allerdings mussten sie im jährlichen Bericht über die Verwendung des Alkoholzehntels darüber be- richten. Andererseits haben aber die Kantone - das muss auch zugegeben werden - und müssen die Kantone zur Bekämp- fung des Suchtmittelgebrauches wesentlich höhere Auf- wendungen erbringen als diesen Alkoholzehntel. Der Alko- holzehntel, also die 5 Prozent - der gesamten Erträge -, macht 15 Millionen Franken aus. Es geht hier um 15 Millio- nen wie bisher oder um 30 Millionen, also die Verdoppelung des bisherigen Betrages. Dies, damit Sie auch über die Grössenordnung der Gelder im Bild sind! Die Kantone wenden für die Suchtmittelbekämpfung mehr auf als diese 15 Millionen; das ist unbestritten. Das ist ja auch eine Aufgabe der Kantone. An sich wäre es sinnvoll - das ist eine persönliche Bemerkung -: wenn man den Alko- holzehntel schon verdoppelt, sollte man auch den Zweck etwas liberaler, etwas weiter machen, statt ihn wie bisher nur auf die Alkoholbekämpfung zu beschränken. In der Kommission selbst lag der Antrag Reichling nicht vor. 3. Schliesslich der letzte Grund für die ablehnende Haltung der Kommission: Ich weise Sie nochmals darauf hin, dass der Bund nach Verfassung den gesamten Ertrag aus der Alkoholverwaltung zur Finanzierung der AHV verwenden muss. Er kann also mit den Mitteln, die frei werden, nicht machen, was er will. Sicher ist das eine sinnvolle und zweck- mässige Verwendung, nachdem der Bund nun die gesamte Finanzierung der AHV übernimmt. Und es ist auch von der Finanzlage der Kantone her gerechtfertigt, dass man ihnen, nachdem sie von den Beiträgen an die AHV in der Grössen- ordnung von gegen 700 Millionen Franken entlastet werden, nur noch den bisherigen Alkoholzehntel zukommen lässt. Ich beantrage Ihnen also im Namen der Kommission die Ablehnung der Anträge Hegg und Reichling. Bundesrat Friedrich: Ich möchte zuerst gegenüber Herrn Hegg bemerken: Es ist in keiner Art und Weise eine Kürzung der bisherigen Beiträge erfolgt. Bisher waren es 10 Prozent von der Hälfte des Reinertrages, jetzt sind es 5 Prozent vom ganzen Reinertrag. Nach meinen mathematischen Kenntnis- sen kommt das im Ergebnis auf dasselbe heraus. Der Bundesrat hat sich im 88. Bericht über den Anteil der Kantone am Reinertrag der Eidgenössischen Alkoholverwal- tung von 1983 auf den Standpunkt gestellt, dass die Kantonsanteile zur Bekämpfung des Alkoholismus genü- gen. Er tut das auch jetzt.

Umgekehrt muss er darauf aufmerksam machen, dass die Ausweitung, die beantragt wird, auf selten des Bundes zu einem Einnahmefall von rund

#### **E. 14**

bis 15 Millionen Franken führen würde. Ich muss meinerseits betonen, dass der Reingewinn der Alkoholverwaltung vollumfänglich zur Finanzierung des Bundesbeitrages an die AHV verwendet wird. Dabei handelt es sich um eine eindeutige Bundesaufgabe, während umgekehrt, wie die Sprecher der Kommission durchaus zu Recht betont haben, das Gesundheitswesen Sache der Kantone ist. Es ist also meines Erachtens falsch, wenn hier nun so getan wird, als ob die Alkoholismusbekämpfung oder die Drogenbekämpfung primär eine Bundessache sei. Gesundheitspolitik ist wesensgemäss Sache der Kantone. Weil der Bund in den letzten zehn Jahren die Alkoholabgaben heraufgesetzt hat, sind auch die für die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs reservierten Mittel ganz wesentlich angestiegen, und zwar von rund 6,5 Millionen im Jahre 1970 auf 14 bis 15 Millionen jährlich. Der Bund engagiert sich also beträchtlich stärker als in früheren Jahren. Gestatten Sie mir - obschon es sich nicht um einen riesigen Betrag handelt - doch noch eine grundsätzliche finanzpolitische Bemerkung. Wenn Sie das Budget behandeln, dann beklagen Sie sich regelmässig über die schlechte Finanzlage des Bundes: Sie machen dem Bundesrat Vorwürfe, setzen gute Vorsätze in die Welt und verlangen vom Bundesrat zusätzliche Sparanstrengungen. Das Jahr hindurch aber wird die Bundeskasse bei jeder Gelegenheit hemmungslos mehr belastet, und beim nächsten Budget, wenn sich dann zwangsläufig die Folgen zeigen, beginnt das grosse Wehklagen wieder von vorn. Ich mache mir keine Illusionen: es wird auch jetzt wieder so sein. Man kann selbstverständlich alle Wünsche, die an die Bundeskasse gerichtet werden, mit guten Gründen belegen. Aber die Konsequenz ist, dass diese Bundeskasse dauernd überlastet ist und dass wir nie zu einer Sanierung der Bundesfinanzen kommen. Von den beiden Anträgen verdient meines Erachtens der Antrag Reichling - wenn schon - den Vorzug, weil er wenigstens den Zweck ausweitet; finanzpolitisch aber sind beide Anträge genau gleich zu beurteilen und meines Erachtens abzulehnen.

Abstimmung - Vote Eventuell - A titre préliminaire Für den Antrag Reichling 113 Stimmen Für den Antrag Hegg 27 Stimmen Definitiv - Définitivement Für den Antrag Reichling 94 Stimmen Für den Antrag der Kommission 58 Stimmen Ziff. II, III Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Ch. II, III Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats Angenommen - Adopté GesamtAbstimmung - Vote sur l'ensemble Für Annahme des Beschlusses 119 Stimmen Dagegen 12 Stimmen Bundesgesetz T - Loi fédérale T Detailberatung - Discussion par articles Titel und Ingress, Ziff. I-III Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Antrag Hegg Art. 44 Abs. 2 Der Reinertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung geht zu 90 Prozent an den Bund und zu 10 Prozent an die Kantone. Antrag Reichling Art. 45 Abs. 2 Der Anteil der Kantone ist ausschliesslich zur Bekämpfung des Alkoholismus, des Suchtmittel-, Betäubungsmittel- und Medikamentenmissbrauchs in seinen Ursachen und Wirkungen zu verwenden. Die Kantone... Titre et préambule, eh. I à III Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

13. März 1984 N 147 Ordnungsantrag Günter Proposition Hegg Art. 44 al. 2 Les recettes nettes de la Régie reviennent à raison de 90 pour cent à la Confédération et de 10 pour cent aux cantons. Proposition Reichling Art. 45 al. 2 Chaque canton est tenu d'employer intégralement sa part pour combattre dans leurs causes et dans leurs effets l'alcoolisme,

l'abus des stupéfiants et autres substances engendrant la dépendance ainsi que l'abus des médicaments. Les cantons...  
Präsident: In den Artikeln 44 und 45 gilt jetzt, nach dem vorhin getroffenen Entscheid, selbstverständlich die Version Reichling. Angenommen gemäss Antrag Reichling Adopté selon la proposition Reichling Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble Für Annahme des Gesetzentwurfes 114 Stimmen Dagegen 6 Stimmen An den Ständerat - Au Conseil des Etats Abschreibung - Classement Präsident: Der Bundesrat beantragt Ihnen, noch folgende Postulate abzuschreiben: Postulat Schaller (11.429), Eidgenössische Sozialwerke, Beiträge der Kantone; Postulat der freisinnig-demokratischen Fraktion (76.398), Bundesstaatlicher Finanzausgleich. Zustimmung - Adhésion  
Ordnungsantrag Günter (betreffend Botschaft über die Waldschäden) Motion d'ordre Günter (concerne le message sur le dépérissement des forêts) Siehe Seite 1 hiervor - Voir page 1 ci-devant  
M. Robbiani, rapporteur: Au nom de la Conférence des présidents de groupe, je vous invite à repousser la motion d'ordre de M. Günter. Une mise au point s'impose: il s'agit de se prononcer sur une motion d'ordre qui porte sur l'ordre du jour de nos débats et non pas d'ouvrir ou d'entamer à nouveau un débat sur le dépérissement des forêts. M. Günter fait trois propositions: 1. Discuter pendant la session de printemps des mesures envisagées par le Conseil fédéral pour protéger les forêts des parasites; 2. Mettre à l'ordre du jour de la troisième semaine, les mesures d'urgence pour la protection des forêts; 3. Discuter de sa motion d'ordre le premier mercredi de cette session. Cette dernière proposition est déjà caduque puisque nous n'en parlons qu'aujourd'hui seulement. En ce qui concerne les deux premiers points, je vous livre l'opinion de la Conférence des présidents de groupe: on ne peut discuter d'un message ni d'un projet d'arrêté fédéral urgent dont on ne connaît pas le contenu précis! En l'occurrence, on ne connaît que depuis hier la première série de mesures y relatives. La rationalisation du travail parlementaire, qui est notre souci constant, ne justifie pas un débat ouvert, improvisé, spontané, intéressant, sans discussion de base et sans examen sérieux des intentions du gouvernement, dans le cadre d'une séance de commission. A propos de la limitation de vitesse, le Conseil fédéral a demandé l'avis des cantons, des partis politiques et des associations. Aussi le Parlement se doit d'attendre plutôt que d'anticiper la consultation. L'urgence des mesures à prendre pour protéger la forêt est reconnue par le Conseil fédéral. Hier, il a donc adopté un programme d'urgence en dix points, diversement apprécié, il faut le reconnaître. Une bonne partie de l'heure des questions a été consacrée à ce thème. Il a été question de limitation de vitesse, des émissions polluantes, des gaz d'échappement, de la protection de l'environnement. Les mesures plus urgentes, telles que celles visant à prévenir et à combattre les dégâts causés à la forêt par les causes naturelles et par les parasites, seront traitées au cours de la session extraordinaire de mai. Un mois d'attente c'est peu lorsqu'il s'agit de rattraper un retard de quelques générations! Pour combattre l'épidémie de bostryches, le Conseil fédéral envisage des crédits extraordinaires que les cantons pourront utiliser avec effet rétroactif. En l'occurrence, les cantons ont déjà pris des mesures sans attendre ni le «Décalogue écologiste», ni le message, ni le décret urgent, ni notre éventuel débat! Voilà résumée l'opinion de la Conférence des présidents de groupe. Certes, fort heureusement, vous êtes libres d'avoir une autre opinion mais prenez garde à la prolifération d'une certaine pollution verbale! Personnellement, je reconnais à M. Günter le mérite d'avoir essayé de provoquer une discussion sur un problème d'actualité qui reflète les préoccupations de chacun et aussi celles du Conseil fédéral si l'on se réfère aux intentions qu'il a exprimées hier. Ainsi, parmi les mesures souhaitables, propres à améliorer l'image, l'impact et l'efficacité du Parlement, on peut compter le souci largement répandu de donner des réponses immédiates aux

problèmes urgents. Aujourd'hui, ce souci sera respecté, même si c'est en marge de la procédure souhaitée par M. Günter. Nous sommes persuadés qu'il en sera ainsi, même si le Parlement ne donne pas suite à la motion d'ordre de M. Günter. Zusammenfassend: alle wünschbaren Auskünfte wurden erteilt. Es besteht sogar ein Zehnpunkteprogramm des Bundesrates. Die Massnahmen zur Bekämpfung der Waldschäden, aber auch unsere Diskussion, müssen seriös vorbereitet werden. Für die ersten Sofortmassnahmen hat der Bundesrat bereits die finanziellen Beiträge bewilligt. Da es sich bei der Vorlage des Bundesrates zur Bekämpfung des Borkenkäfers um einen rückwirkenden Kreditbeschluss handelt und die Kantone bereits in der gewünschten Richtung tätig sind, ist ein Vorziehen der Beratungen nicht angezeigt. Darum schlägt Ihnen die Fraktionspräsidentenkonferenz vor, den Ordnungsantrag Günter abzulehnen. Jaeger: Im Gegensatz zu Herrn Robbiani möchte ich Ihnen beantragen, den Ordnungsanträgen der LdU/EVP-Fraktion zuzustimmen. Ich habe heute Mühe mit der Argumentation des Herrn Robbiani. Wenn er als erstes Argument gegen den Ordnungsantrag unseres Kollegen Günter anführt, wir hätten unsere Arbeit zu rationalisieren, so möchte ich ihn fragen: «Warum haben Sie denn das nicht auch bei den verschiedenen Namensaufrufen bereits festgestellt?», denn wir haben immerhin mehr als eine Stunde Zeit verwendet, um abzustimmen. Wir haben offensichtlich keine Zeit, hier zu debattieren über Massnahmen, die gestern vom Bundesrat bekanntgegeben worden sind; ich muss Ihnen gestehen, dass ich das einfach nicht begreifen kann. Es ist auch nicht so, dass gestern ausreichend orientiert worden ist über das, was der Bundesrat im Sinne hat. Ich möchte auch daran erinnern, dass Vorschläge zur Bekämpfung des Waldsterbens bereits in der letzten Sesssion, also vor mehr als einem halben Jahr, gemacht worden sind. Der Bundesrat hat bereits in der letzten Session und dann verschiedene Male wieder in den Medien bekanntgegeben, dass er gedenke, etwas zu unternehmen, unter anderem auch Sofortmassnahmen. Gestern hat er dann die Katze aus dem Sack gelassen: Wir haben erfahren, welche Beschlüsse vom Bundesrat gefasst worden sind. Wir haben aber leider auch erfahren müssen, dass gewisse Massnahmen vertagt wurden, und wir kommen

Motion d'ordre Günter 148 N 13 mars 1984 nicht darum herum, festzustellen, dass der Bundesrat offensichtlich Angst vor dem eigenen Mut bekommen hat, den er noch vor einigen Wochen am Fernsehen zum Ausdruck gebracht hatte. Wir stellen ganz einfach fest, dass das Parlament via Medien über die Pläne des Bundesrates orientiert wird, dass wir aber nicht die Möglichkeit haben, innert angemessener Frist über die Vorschläge und Vorhaben des Bundesrates hier im Parlament zu diskutieren. Letzten Endes geht es doch auch um unsere Würde; es geht darum, dass wir uns nicht einfach über die Medien orientieren lassen, sondern hier die Möglichkeit haben, uns auseinanderzusetzen über Vorhaben, die zugegebenermassen umstritten sind. Gerade deshalb ist es doch wichtig, dass wir jetzt innert angemessener Frist darüber diskutieren können. Noch etwas: Wir haben in den letzten Wochen festgestellt - gerade im Zusammenhang mit diesen Tempolimiten -, dass der Druck der Automobilverbände enorm, ja massiv geworden ist. Ich würde diesem Druck auch das Zurückkriechen des Bundesrats in Sachen Tempolimiten zuschreiben. Hier könnten jene, welche die andere Seite vertreten, dem Bundesrat Unterstützung geben. Ich verstehe gerade Sie, Herr Robbiani, als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion nicht, dass Sie, die ja diese Massnahmen ebenfalls unterstützen, nicht zusammen mit uns sich dafür einsetzen, dass eben jetzt darüber diskutiert werden kann. Zum Schluss: Ich bin überzeugt, dass man ausserhalb des Parlamentes nicht verstehen kann, dass wir in dieser Session keine Zeit finden, über ein so hochaktuelles Problem zu debattieren, uns über Vorschläge

auseinanderzusetzen, die konkret vorliegen. Wir müssten sie nicht über das Knie brechen, wir haben es gestern gehört: Es sind in verschiedenen Bereichen sehr klare Vorstellungen vorhanden, in anderen wiederum nicht. Wir verstehen das nicht, und ausserhalb unseres Parlamentes wird das sicher auch nicht verstanden. Vor den letzten Wahlen hat es noch ganz anders getönt. Ich möchte Sie deshalb bitten, jetzt konsequent zu sein und dem Ordnungsantrag von Kollega Günter zuzustimmen.

Frau Mauch: Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich Sie bitten, dem Entscheid der Fraktionspräsidentenkonferenz zuzustimmen. Noch so viele Worte - Herr Jaeger - retten den Wald nicht, das wissen Sie ganz genau. Wenn wir hier nochmals (wie schon im letzten Herbst) dem Bundesrat unsere Besorgnis über das Waldsterben ausdrücken, Forderungen wiederholen, die schon samt und sonders - die meisten mehrfach - in parlamentarischen Vorstössen deponiert sind, bringt das zwar dem Wald und uns ein bisschen Aufmerksamkeit, aber ganz bestimmt dem Wald keine Heilung. Alles, was an Massnahmen zur Verbesserung der lufthygienischen Situation gefordert wurde, ist dringender denn je. Aber das weiss der Bundesrat hoffentlich auch. Denn er hat von den erschreckenden Resultaten des Projektes «Sana Silva» Kenntnis genommen. Es liegt uns im jetzigen Zeitpunkt vom Bundesrat nichts vor, das zu genehmigen oder zu diskutieren wäre. Der Bericht, der uns angekündigt wurde, ist offenbar noch nicht bereinigt. Das ist eine Folge der sehr knappen Personaldotierung der zuständigen Ämter. Das wiederum hat die Mehrheit des Parlamentes ihrer ungebrochenen Begeisterung für den Personalstopp zuzuschreiben. Wir brauchen jetzt nicht noch mehr Worte, sondern Taten. Was in der Kompetenz des Bundesrats liegt, sollte er so rasch wie möglich tun. Das Parlament kann erst unter Beweis stellen, dass es den Ernst der Lage erfasst hat, wenn es darum gehen wird, Massnahmen - vor allem auch einschneidende Massnahmen - zu genehmigen. Die Stunde der Wahrheit findet nicht in dieser, sondern in der nächsten Session statt! Daher scheint es uns überflüssig, mit grossen Reden dem Volk Aktivität gegen das Waldsterben vorzugaukeln, insbesondere nachdem nun der Bundesrat seinen ganzen Mut gestern zusammengenommen hat und bezüglich der Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Strassen die einzige Massnahme, die sofort wirksam wäre, einem Vernehmlassungsverfahren entgegengeführt hat. Der Wald stirbt; wir reden, wir forschen, wir lassen vernehmen. Ich hoffe, der Wald hat ein Einsehen.

Leuenberger Moritz: Die Meinung der sozialdemokratischen Fraktion haben Sie soeben durch das Votum von Frau Mauch erfahren. Dieser Beschluss wurde letzten Dienstag gefasst. Ich habe mich nicht sonderlich dagegen gewehrt, weil ich letzten Dienstag nämlich noch der Auffassung war, es brauche hier keine Diskussion, solange wir den Bericht des Bundesrates zu den ungefähr 90 parlamentarischen Vorstössen nicht vor uns haben. Nun ging ich allerdings letzten Dienstag noch davon aus, dass jede politische Instanz ihre Verantwortung in dieser Frage voll tragen und auch wahrnehmen will. Aber erst seit gestern abend weiss ich, dass dies mindestens bei einer Instanz, nämlich beim Bundesrat, nicht der Fall ist. Ich wusste nicht, dass der Bundesrat die einzige kurzfristig sofort in seiner Kompetenz durchzuführende Massnahme - entgegen vorherigen Versprechungen und entgegen klaren Äusserungen der politischen Parteien - nicht ergreifen will. Ich wusste auch nicht, dass der Bundesrat nicht weiss, wer für und wer gegen die Tempolimitierung ist. Hätte er mich gefragt, hätte ich es ihm sagen können: die Automobilverbände sind dagegen, und die Umweltschutzverbände sind dafür. Aber für diese Frage veranstaltet er nun noch ein Vernehmlassungsverfahren! Ich wusste auch nicht, dass der Bundesrat seine Kompetenz und seine Verantwortung an die Kantone delegieren will, was ja im Klartext heisst: delegieren an die kantonalen Polizeidirektoren. Was aber bei den kantonalen

Polizeikorps für ein Grundsatz herrscht, wissen wir alle längst, nämlich in dubio pro auto. Ich wusste auch nicht, dass sich der Bundesrat nicht einmal zu sagen getraut, was er selbst findet. Er entfacht eine Vernehmlassung, sagt aber gleichzeitig nicht, wo er steht. In dieser Pressemitteilung steht jedenfalls nicht, welche Meinung er hat. Vor jeder anderen Vernehmlassung sagt unsere Regierung zuerst, was sie findet. Hier sagt sie es nicht. Sie getraut sich nicht; die Kantone sollen es sagen. Ich wusste nicht, dass der Druck der finanzstarken Verbände nun schon dermassen gross ist, dass offenbar auch der Bundesrat davor Angst hat. Ich wusste zwar, dass der «Tages-Anzeiger» von der AMAG bereits unter Druck gesetzt wurde: Wenn er für Tempo 100 schreibe, so würden sämtliche Autoinserate gesperrt, drohte die AMAG. Deswegen haben wir in dieser Zeitung diesbezüglich eine etwas laue Berichterstattung. Dass der Bundesrat aber an dieser Lauheit auch schon leidet und sich nicht getraut, seine Meinung zu sagen, wusste ich nicht. Ich wusste auch nicht, dass ihm die Meinung von «Blick» offenbar wichtiger ist als die Erhaltung unserer Wälder. Der Bundesrat will also eine Vernehmlassung. Er will wissen, was andere denken. Darum bin ich der Meinung, er soll auch wissen, was wir denken, was das Parlament denkt. Wir haben schon über X Postulate, deren Inhalt in die Kompetenz des Bundesrates fällt, gesprochen; der Bundesrat merkte so jeweils, wo wir stehen. Sagen wir ihm jetzt doch auch, was wir bezüglich Tempo 100 und Tempo 80 finden. Weil also gestern diese neue Situation entstanden ist, stimme ich - und ich bin überzeugt, der grosse Teil meiner Fraktion auch - nun entgegen dem Beschluss vom letzten Dienstag doch für den Ordnungsantrag Günter, (teilweise Beifall) M. Houmard: Je soutiens la proposition de la Conférence des présidents. Les forestiers, l'industrie du bois, les cantons, comme d'ailleurs le Conseil fédéral, n'ont pas attendu cette motion d'ordre pour prendre des mesures d'hygiène sylvicole extraordinaires, qui s'imposent à la suite de l'évolution de l'état de santé de nos forêts. Les premières mesures prises par le Conseil fédéral vont dans le sens souhaité par les gens de métier. Elles permet-

13. März 1984 N 149 .Ordnungsantrag Günter tent d'intensifier les soins sylvicoles et de lutter contre une propagation incontrôlée du bostryche. Les subventions fédérales prévues seront, selon nos renseignements, attribuées avec effet rétroactif au 1er janvier 1984 en fonction de la capacité financière des cantons. Elles sont destinées aux forêts difficilement accessibles. Le traitement des surfaces boisées qui n'ont pas de dessertes valables occasionne des frais exceptionnellement élevés alors même que le propriétaire de forêts ne peut être rendu responsable de l'agressivité du bostryche. Les mesures prévues par l'arrêté urgent permettront de lutter d'une part contre l'extension du bostryche typographe, qui attaque les arbres malades mais encore debout et limiteront d'autre part les dégâts causés aux grumes, c'est-à-dire aux bois abattus, par un autre insecte dénommé bostryche liséré. Celui-ci provoque une très forte dépréciation des bois d'œuvre si les grumes ne sont pas traités dès qu'apparaît un climat favorable au vol de ces insectes, c'est-à-dire au printemps. C'est sur ce point que M. Günter aurait raison de demander l'urgence si le Conseil fédéral et les professionnels n'avaient pas ordonné les mesures qui s'imposent. Mais, je le répète, les dispositions ont été prises afin d'éviter si possible - on ne peut pas le garantir - une extension sous forme d'épidémie. Etant donné que seules des mesures draconiennes permettront de lutter efficacement contre ces deux insectes, il était hautement souhaitable que cette lutte fût coordonnée au niveau cantonal et fédéral. L'aide de la Confédération, qui est de l'ordre de 50 pour cent, permettra d'exiger des propriétaires de forêts qu'ils réalisent des mesures d'hygiène qui s'imposent dans de telles circonstances. Je tiens donc à remercier le Conseil fédéral des mesures qu'il a prises à ce jour. En tenant compte de la diversité des

conditions d'intervention, c'est-à-dire en retirant la pomme de l'arrosoir pour faire des efforts là où cela est absolument nécessaire, le Conseil fédéral nous indique clairement les limites de l'intervention de l'Etat. Les mesures ne suffiront pas. Les cantons, les communes, comme les propriétaires de forêts, seront également mis à contribution. D'autre part, l'industrie du bois est appelée à collaborer; elle étudie actuellement les possibilités de prendre en charge de plus grandes quantités de bois. L'industrie du bois est prête à participer activement à la sauvegarde de notre aire boisée, mais cela implique un effort concerté de chacun dans une action de revalorisation de notre matériau indigène. Pour conclure, je vous demande de traiter ce problème avec sérénité. Je l'ai dit à plusieurs reprises, la forêt n'est pas un instrument d'une politique ponctuelle; le traitement des forêts nécessite des actions ordonnées, réfléchies et exécutées en toute connaissance de cause. C'est dans cet esprit que je vous demande de ne pas donner suite à la motion d'ordre, mais d'encourager le Conseil fédéral à poursuivre, en matière sylvicole, une politique basée sur des éléments contrôlables.

Günter: Ich danke Ihnen für diese aufschlussreiche Diskussion. Insbesondere möchte ich Herrn Kollege Moritz Leuenberger für sein brillantes Votum danken, das ich auch goutiert hätte, wenn ich auf der anderen Seite gestanden wäre; da er aber auf meiner Seite steht, habe ich es natürlich noch viel mehr genossen. Unser Antrag besteht aus zwei Teilen. Ich möchte mich zu diesen nochmals kurz äussern. Mit dem ersten Antrag wird Ihnen vorgeschlagen, den dringlichen «Bundesbeschluss über den Borkenkäfer» bereits in der jetzigen Session zu behandeln. Was habe ich inzwischen über dieses Gesetz herausgefunden? Es besteht offenbar nach präsidentialer Auskunft aus zwei Artikeln. Es ist eine kleine Sache, es geht nur um Geld, aber der Bundesrat entscheidet darüber leider erst am 19. März. Darum kann man - so heisst es - uns den Beschluss jetzt nicht vorlegen. Meine Feststellung ist: Der Bundesrat hätte natürlich problemlos ein so eindeutiges Gesetz, da niemand dagegen ist, bereits etwas früher behandeln können, wenn er gewollt hätte. Man hat uns auch erklärt, dass wir den Ordnungsantrag ruhig zurückziehen könnten, denn es sei alles vorgekehrt, die Förster seien bestens orientiert, was da komme, und auch die Kantone wüssten, was sie zugute hätten. Die einzigen, die es offenbar nicht wissen, sind im Moment wir und vielleicht auch noch der Bundesrat, der erst am nächsten Montag darüber entscheidet. Wie gesagt: Es geht um eine an und für sich kleine Sache, aber das ganze Prozedere ist doch äusserst seltsam, vor allem wenn man weiss, dass im Mai der Prioritätsrat offenbar der Ständerat ist. Ich weiss nicht, wie man die Beratung dann in drei Tagen durchpeitschen will. Wahrscheinlich wird die Vorlage am ersten Tag vom Ständerat beraten, am zweiten Tag wird unsere Kommission tagen, und am dritten Tag werden wir beschliessen; und daraus soll dann ein vernünftiges Gesetz entstehen. Sogar wenn wir jetzt entscheiden, das Gesetz sofort zu behandeln, haben wir immer noch dreimal mehr Zeit, als uns voraussichtlich in der Maisession zur Beratung dieses Geschäftes zur Verfügung stünde. Nochmals: Für mich ist das an und für sich ein seltsames Geschäft. Ich gratuliere den Kantonen, dass sie schon gehandelt und nicht auf den Bund gewartet haben. Ich meine, in dieser Situation, wie wir die Geschäfte behandeln bzw. nicht behandeln, kann man dieses Vorgehen der Kantone wirklich begreifen. Der zweite Antrag läuft darauf hinaus, dass wir uns über die Umweltmassnahmen, die Sofortmassnahmen, in der letzten Sessionswoche etwas unterhalten. Wir haben gestern die Ausführungen des Bundesrates zu Tempo 100 gehört, der sich aus meiner Sicht aus der Verantwortung wegstiehlt, unter gleichzeitiger Umgehung des Parlamentes. Bis jetzt konnte man argumentieren: Tempo 100 ist eine Sache des Bundesrates, also hat das Parlament nichts dazu zu sagen. Ich wäre auch mit dieser Interpretation nicht einverstanden gewesen, denn es geht um etwas, was die Leute sehr stark

beschäftigt, und das muss uns als Politiker im Rat auch beschäftigen. Aber nachdem man nun beschlossen hat, eine Vernehmlassung bei den Kantonen, Verbänden, Vereinen und Parteien durchzuführen, nur nicht beim Parlament, meine ich, sollte uns jetzt die Entscheidung wirklich relativ leicht fallen. Herr Bundesrat Egli hat es gestern mit bewunderungswürdiger Offenheit gesagt: Tempo 100 sei dermassen umstritten, dass der Bundesrat trotz eindeutiger wissenschaftlicher Grundlage und Ausgangslage wegen der «Akzeptanz» im Volk nicht entscheiden wolle. Und er hat noch etwas Bemerkenswertes gesagt, nur in einem Satz. Ich weiss nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist. Er hat einen Satz von sich gegeben, der sinngemäss geheissen hat, das Vernehmlassungsverfahren sei auch so etwas wie eine Debatte hier im Ratsaal. Wollen Sie sich das wirklich bieten lassen? Ich fürchte, dass Herr Bundesrat Egli recht hat, dass tatsächlich die Vernehmlassung wichtiger ist als unsere Debatte hier im Saal und dass die Meinung der Verbände wichtiger ist als die Meinung, die wir hier von uns geben. Aber wollen wir so kampflos auf uns zukommen lassen und akzeptieren, dass uns vom Bundesratstisch aus erklärt wird: «Liebe Leute, die Verbände sind wichtiger, die fragen wir, euch fragen wir nicht. Wir beschliessen dann vielleicht im Mai, und hinterher, im Juni, könnt Ihr dann noch sagen, ob Ihr damit einverstanden gewesen wäret oder nicht»? Ich glaube, das dürfen wir auf keinen Fall auf uns sitzen lassen. Ich möchte Sie deshalb ersuchen, den beiden Teilen des Ordnungstrages zuzustimmen. Le président: Je vous rappelle les deux points de la motion d'ordre de M. Günter. Premièrement, le conseil devrait traiter, durant cette session, le projet d'arrêté concernant la lutte contre le bostryche, message que le Conseil fédéral abordera seulement dans sa séance de lundi prochain. Deuxièmement, le Conseil fédéral devrait renseigner le Parlement sur les mesures qu'il envisage de prendre dans la lutte contre le dépérissement des forêts.

Recherche scientifique. Contributions 1984 à 1987 150 N . 13 mars 1984 Je mets donc aux voix l'ensemble de la motion d'ordre de M. Günter. Abstimmung - Vote Für den Antrag Günter 39 Stimmen Dagegen 107 Stimmen #ST# 83.010 Wissenschaftliche Forschung. Beiträge 1984 bis 1987 Recherche scientifique. Contributions 1984 à 1987 Siehe Jahrgang 1983, Seite 1760 - Voir année 1983, page 1760 Beschluss des Ständerates vom 5. März 1984 Décision du Conseil des Etats du 5 mars 1984 Differenzen - Divergences Art. 1 Abs. 1, 2, Art. 2, 3 Antrag der Kommission Mehrheit Festhalten Minderheit (Columberg, Fischer-Häggingen, Mühlemann, Steinegger) Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Art. 1 al. 1, 2, art. 2, 3 Proposition de la commission Majorité Maintenir Minorité (Columberg, Fischer-Häggingen, Mühlemann, Steinegger) Adhésion aux décisions du Conseil des Etats M. Couchepln, rapporteur: En décembre 1983, notre conseil a eu à traiter de deux arrêtés consacrés aux contributions 1984 à 1987 pour la recherche scientifique, soit un arrêté A et un arrêté B. Dans les deux cas, nous avons créé une divergence avec le Conseil des Etats en augmentant les subsides destinés à la recherche. L'arrêté A fixait les contributions en faveur du Fonds national de la recherche scientifique et en faveur des sociétés savantes. Pour le Fonds national, nous avons prévu un supplément de 110 millions de francs pour 4 ans, et 600 000 francs pour chacune des deux sociétés savantes bénéficiaires de ces subventions. L'arrêté B, quant à lui, traitait de la recherche sur le cancer. Depuis lors, le Conseil des Etats s'est rallié à notre avis, en ce qui concerne l'arrêté B. Par contre, par une décision qu'il a prise par 24 voix contre 18, il a maintenu la divergence et s'en tient à la version du Conseil fédéral qui prévoit que le Fonds national doit recevoir 739 millions, durant la période 1984 à 1987, contrairement aux 849 millions que nous proposons. Notre commission s'est réunie lundi. Elle a entendu M. Egli, conseiller fédéral,

ainsi que le secrétaire du Fonds national de la recherche scientifique. Par 10 voix contre 4 et 2 abstentions, notre commission propose de maintenir la divergence et de nous en tenir à la décision qui fut la nôtre en décembre dernier, à savoir d'être plus généreux que le Conseil fédéral à l'égard du Fonds national et des sociétés savantes. Très brièvement, voici quelques considérations qui ont incité la majorité de la commission à s'en tenir à la décision antérieure. Tout d'abord, nous ne sommes pas insensibles au problème de l'équilibre des finances fédérales, mais, face à cette nécessité d'équilibrer les finances fédérales, nous nous rappelons que la politique est en premier lieu affaire de choix et de priorité, et qu'il s'agit pour nous de marquer une priorité dans les dépenses de la Confédération en faveur de la recherche scientifique. Cette dernière, en effet, est l'un des moyens de combat pour maintenir l'économie à son haut niveau ainsi que notre compétitivité sur le plan international. Nous disons donc «oui» à l'équilibre des finances fédérales, mais nous prôtons une priorité dans les choix, et tout particulièrement en ce qui concerne la recherche. Deuxièmement, nous savons que, dans ce pays - et c'est très bien ainsi - les trois quarts des dépenses pour la recherche sont effectués par le privé. Nous savons aussi que le montant que nous voulons attribuer en plus au Fonds national et aux sociétés savantes constitue le un pour cent de l'ensemble des dépenses faites en faveur de la recherche dans notre pays. Toutefois, il y a lieu d'opposer à ce montant d'autres chiffres. Depuis 1979, les ressources du Fonds national de la recherche scientifique ont considérablement diminué en valeur réelle. En effet, si l'on additionne le recul de ces ressources, on aboutit à un total de 13 pour cent. Il faut également compter avec les conséquences de ce recul, la perte de 200 postes de chercheurs ainsi que celle d'un potentiel de recherche important. L'université recevant davantage d'étudiants, ce n'est pas le moment d'en diminuer la capacité de recherche. Certains adversaires de notre point de vue pensent qu'en «serrant la vis» au Fonds national de la recherche scientifique on obtiendra plus d'efficacité de la part de cette organisation. Nous sommes convaincus que les ressources actuelles du Fonds national l'obligent déjà - et nous insistons sur ce point - à faire des choix. Le Fonds national, lui aussi, doit fixer des priorités. Quant à notre conseil et à notre commission, ils fixent la priorité en faveur des sciences techniques plus que dans le domaine des sciences humaines. Pour toutes ces raisons, nous vous proposons de maintenir la divergence et de confirmer la décision qui fut la nôtre en 1983 et, partant, de maintenir le montant maximal de 849 millions en faveur du Fonds national et l'augmentation de 600 000 francs pour la Société helvétique des sciences naturelles et de 600 000 francs pour la Société suisse des sciences humaines.

Frau Segmüller, Berichterstatterin: Im Dezember hat unser Rat zwei Vorlagen betreffend die Beiträge an die Forschung für die Jahre 1984 bis 1987 zugestimmt. Es handelt sich um die Vorlagen A und B. Zwei Differenzen zum Ständerat haben wir geschaffen durch Erhöhung der Beträge in den Beschlüssen A und B. Der Ständerat hat in bezug auf die Krebsforschung im Differenzbereinigungsverfahren den Beschlüssen unseres Rates zugestimmt. Hier besteht also keine Differenz mehr. Hingegen hat der Ständerat mit 24 gegen 18 Stimmen beschlossen, beim Beschluss A betreffend die Beiträge an den Nationalfonds und die wissenschaftlichen Gesellschaften am Vorschlag des Bundesrates festzuhalten. Mit dieser Differenz haben wir uns heute zu befassen. Ihre Kommission hat durchaus Verständnis für die Überlegungen betreffend die Lage der Bundesfinanzen, die den Ständerat bei seinem Beschluss geleitet haben. Es ist notwendig, im Finanzbereich Prioritäten zu setzen. Nach Ansicht Ihrer Kommission handelt es sich aber gerade bei der Forschung um eine solche Priorität. Es sei in Erinnerung gerufen: Seit 1979 musste der Nationalfonds 13 Prozent realen Verlust hinnehmen aufgrund der von uns verfügten

Kürzungen. Dadurch wurden 200 Forschungsstellen wegge- kürzt. Es wurde auch die Meinung vertreten, dass erst durch die Beschränkung der Mittel im Nationalrat der Zwang zum Setzen von Prioritäten beim Nationalfonds geschaffen werde. Darauf ist zu erwidern, dass aufgrund der bereits

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Bund und Kantone. Neuverteilung der Aufgaben Confédération et cantons. Nouvelle répartition des tâches In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1984 Année Anno Band I Volume Volume Session Frühjahrssession Session Session de printemps Sessione Sessione primaverile Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 06 Séance Seduta Geschäftsnummer 81.065 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 13.03.1984 - 08:00 Date Data Seite 135-150 Page Pagina Ref. No 20 012 228 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.